

Pressemitteilung

Pressestelle des Europarates

Ref: 600d08

Tel: +33 (0)3 88 41 25 60

Fax: +33 (0)3 88 41 39 11

pressunit@coe.int

Internet: www.coe.int/press



47 Mitgliedsstaaten

Albanien
Andorra
Armenien
Aserbaidschan
Belgien
Bosnien und Herzegowina
Bulgarien
Dänemark
Deutschland
„Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“
Estland
Finnland
Frankreich
Georgien
Griechenland
Irland
Island
Italien
Kroatien
Lettland
Liechtenstein
Litauen
Luxemburg
Malta
Monaco
Montenegro
Niederlande
Norwegen
Österreich
Polen
Portugal
Republik Moldau
Rumänien
Russland
San Marino
Schweden
Schweiz
Serbien
Slowakei
Slowenien
Spanien
Tschechische Republik
Türkei
Ukraine
Ungarn
Vereinigtes Königreich
Zypern

Menschenrechtskommissar: Beide Seiten müssen sich dringend mit den humanitären Folgen des Südossetien-Konflikts befassen

Straßburg, 28.08.2008 – Der Menschenrechtskommissar des Europarates, Thomas Hammarberg, hat heute seinen Besuch in den vom Südossetien-Konflikt betroffenen Gebieten abgeschlossen und die Freilassung von 98 Zivilpersonen, die während des Konflikts festgenommen wurden, erreicht. 85 festgenommene Zivilpersonen wurden dem Menschenrechtskommissar heute bei seinem Besuch in Tschinvali von den südossetischen *de facto* Behörden übergeben. Gleichzeitig wurden 13 Gefangene von den georgischen Behörden übergeben. Darüber hinaus übergab die georgische Seite zwei Leichname als Reaktion auf die Rückgabe von 43 Leichnamen durch die südossetische Seite am Mittwohabend.

Der Kommissar begrüßte die konkreten und positiven Maßnahmen beider Seiten, um ihre humanitären und menschenrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen. Der jüngste Austausch ist ein Durchbruch bei der Suche nach einer gemeinsamen Haltung in Bezug auf die Notwendigkeit, die durch den Konflikt verursachten humanitären Probleme anzugehen. Der Kommissar dankte den beiden Hauptverhandlungsführern, dem georgischen Abgeordneten Givi Targamadze und dem südossetischen Ombudsmann David Sanakoev, sowie dem georgischen Ombudsmann Sozar Subari für ihre Bemühungen in dieser Angelegenheit.

Der Kommissar forderte die Konfliktparteien auf, alle Personen ausfindig zu machen, die sich aufgrund des Konflikts verstecken, gefangen genommen wurden oder in Not geraten sind, und für ihre Freiheit und Sicherheit zu sorgen, gegebenenfalls durch eine Evakuierung, sowie ihren Schutz oder ihre freiwillige Rückkehr sicherzustellen. Er forderte die Parteien auf, die mit seiner Hilfe eingerichteten Mechanismen zu unterstützen und es den Akteuren zu ermöglichen, ihre Bemühungen fortzusetzen und den Austausch weiterer Personen zu ermöglichen.

Der Kommissar betonte die Bedeutung des Rechts auf Rückkehr aller durch den Konflikt vertriebenen Personen. Diese Rückkehr sollte freiwillig erfolgen und sicher und würdevoll ermöglicht werden. Die Sicherheit muss vollständig garantiert werden.

Der Kommissar forderte alle Parteien auf, dringend und wirksam auf die unmittelbaren Bedürfnisse der Binnenvertriebenen zu reagieren und eine angemessene Unterkunft, Nahrungsmittel, Kleider, Ausweisdokumente und medizinische Hilfe zur Verfügung zu stellen. Beide Parteien müssen den Zugang und die Verteilung von humanitärer Hilfe für bedürftige Menschen erleichtern. Vielen Opfern, die der Kommissar gegen Ende seines Besuchs getroffen hatte, fehlte es an allem, von Betten, Matratzen, Decken, Nahrungsmitteln, medizinischer Hilfe, Unterstützung zur Traumabewältigung bis hin zum Zugang zu Bildung für vertriebene Kinder und Informationen über die verfügbare Unterstützung und ihre Ansprüche. Er forderte die internationale Gemeinschaft auf, einen großzügig Beitrag zu leisten, um den Binnenvertriebenen die unmittelbar

Wenn Sie unsere Pressemitteilungen per Mail empfangen wollen, wenden Sie sich bitte an: Council.of.Europe.Press@coe.int

Der Europarat wurde 1949 mit dem Ziel gegründet, Demokratie und Menschenrechte auf dem ganzen Kontinent zu fördern. Er gibt zudem Antworten auf die sozialen, kulturellen und rechtlichen Herausforderungen, die sich in den 47 Mitgliedsstaaten stellen.

benötigten Dinge zur Verfügung zu stellen. Die nationalen Behörden müssen alle humanitären Bemühungen koordinieren um eine faire, wirksame und schnelle Verteilung der Hilfsgüter sicherzustellen.

./..

Der Kommissar forderte die Konfliktparteien außerdem auf, dringend die Gebiete mit nicht explodierten Sprengsätzen ausfindig zu machen und diese zu entschärfen, damit die Zivilbevölkerung nach Hause zurückkehren kann. Die internationale Gemeinschaft sollte zur Teilnahme an den Räumungsmaßnahmen ermutigt werden, so dass eine sichere Umgebung für Rückkehrer geschaffen werden kann.

Der Kommissar ist sehr besorgt über Berichte über anarchische Zustände in einigen der vom Konflikt betroffenen Gebiete. Plünderungen, das Niederbrennen von Häusern, Entführungen und physische Übergriffe der Miliz und anderer gegen die Bevölkerung müssen aufhören. Er forderte die Parteien auf, dringend gegen das Sicherheitsvakuum vorzugehen, um das große Problem der Unsicherheit zu lösen.

Schließlich empfahl der Kommissar die Einrichtung eines wirksamen Systems zum Schutz und zur systematischen Überwachung der Menschenrechte auf beiden Seiten. Dies würde dazu beitragen, die wachsenden Spannungen unter den betroffenen Bevölkerungsteilen abzubauen und den Schutz der Rechte von Minderheiten sicherzustellen.